

# Kurze Fristen, hohe Anspannung

Der Turbowahlkampf ist auch in Hessen angelaufen. Wahlplakate säumen die Straßen, Wahlwerbung flutet soziale Medien. Politik, Kommunen und Druckereien stehen wegen kurzer Fristen unter Strom. Was bedeutet das im Detail?

## WIESBADEN



Die Parteien haben auch in Hessen die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes eingeläutet (hier Wahlplakate an Frankfurter Laternenmasten).

### Wer darf am 23. Februar wählen?



Rund 4,3 Millionen Hessen sind bei der vorgezogenen Bundestagswahl wahlberechtigt. Ihre Kreuzchen dürfen alle Deutschen machen, die mindestens 18 Jahre alt sind. Das Mindestalter für die Wahlbarkeit als Bundestagsabgeordneter beträgt ebenfalls 18 Jahre. Jeder Wähler und jede Wählerin hat eine Erststimme für einen Kandidaten im jeweiligen Wahlkreis sowie eine Zweitstimme für die Landesliste einer Partei. Laut Statistischem Bundesamt sind voraussichtlich mindestens 59,2 Millionen Deutsche wahlberechtigt. Die Wahlbenachrichtigung wird automatisch zugeschickt: Ihr kann man entnehmen, in welchem Wahllokal man wählen soll und wo es sich befindet.

### Wann kommt die Wahlbenachrichtigung?



Einen Monat vor der Wahl sind die ersten Wahlbenachrichtigungen längst in den Briefkästen gelandet. Die Bundeswahlleitung in Wiesbaden versichert: „Alle im Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten erhalten spätestens bis zum 2. Februar 2025 von ihrer Gemeinde eine Wahlbenachrichtigung.“ Im Wählerverzeichnis registriert seien alle Bürger, die am 12. Januar und damit am 42. Tag vor der Wahl bei ihrer Kommune mit Hauptwohnung gemeldet waren. Wer bis zum 2. Februar keine Wahlbenachrichtigung bekommen hat, sollte für eine Nachprüfung beim Wahlamt am Ort seiner Hauptwohnung nachfragen.

### Welche Folgen haben die verkürzten Fristen?



Hessens Kommunen müssen rascher genügend Wahlhelfer und Wahllokale organisieren. Laut dem Präsidenten des Hessischen Städtetages, Wiesbadens Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (SPD), ist das „eine sportliche und logistische Herausforderung“. In der Landeshauptstadt hätten sich aber „sehr viele Bürger“ als freiwillige Helfer gemeldet. Auch Fuldas Oberbürgermeister Heiko Wingenfeld (CDU) spricht von einer „positiven Resonanz“. Die Marburger Politikwissenschaftlerin Isabelle Borucki weist auf die „logistischen Herausforderungen“ auch für Parteien und Kandidaten beim verkürzten winterlichen Stimmenfang hin. „Traditionelle Wahlkampfmethoden wie Straßenkampagnen könnten durch Wetterbedingungen beeinträchtigt werden, was eine verstärkte Nutzung digitaler Medien und alternativer Kommunikationswege erforderlich macht“.

### Können die Wahlzettel schnell gedruckt werden?



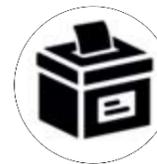
„Der Druck der Wahlzettel wird von den Kommunen angeschoben“, erklärt Silke Leicht-Sobbe, Sprecherin des Bundesverbands Druck + Medien. In Hessen seien rund 40 Druckereien in der Lage, solche Großaufträge zu übernehmen – aber natürlich auch Betriebe außerhalb des Bundeslandes. Druckereien arbeiten laut Leicht-Sobbe in diesen Fällen oft rund um die Uhr in drei Schichten. Zu Jahresbeginn hätten sie etwas mehr Luft als am Jahresende mit zum Beispiel mehr Verkaufsprospekten und Weihnachtskarten. Vehement hatte der Verband schon Ende 2024 Äußerungen von Bundeswahlleiterin Ruth Brand widersprochen, Neuwahlen seien aufgrund von Papiermangel und mangelnden Kapazitäten bei Druckereien nicht möglich. Die Druckindustrie stehe bereit und sei in der Lage, die Wahlzettel zu drucken.

### Was bedeutet das für Briefwähler?



Briefwähler haben außergewöhnlich wenig Zeit – die Fristen sind kürzer als sonst. Zum einen können Stimmzettel wegen der Zulassungsfristen für Wahlkandidaten erst nach dem 30. Januar gedruckt und versandt werden. Zum anderen müssen die ausgefüllten Wahlbriefe dann bis zum Abstimmungstag am 23. Februar um 18 Uhr bei der zuständigen Stelle eingehen. Die Deutsche Post hat zugesichert, dass Wahlbriefe, die bis zum 20. Februar 2025 vor der letzten Leerung in den Briefkasten geworfen oder in einer Postfiliale abgegeben werden, rechtzeitig ankommen. Wer auf Nummer sicher gehen will, kann den Wahlbrief auch direkt bei der auf dem Umschlag aufgedruckten Stelle abgeben. Nötig für die Briefwahl ist ein Wahlschein, den man bei der Gemeinde beantragen muss.

### Wie hoch war zuletzt der Anteil der Briefwähler?



Bei der Bundestagswahl 2021, die mitten in der Corona-Krise lag, war die Briefwahlquote in Hessen auf 51 Prozent hochgeschwollen. Bei der Landtagswahl 2023 und der Europawahl 2024 betrug sie in Hessen jeweils rund 37 Prozent. Damit lag sie nach Angaben des stellvertretenden Landeswahlleiters Jonas Fischer „immer noch etwa zehn Prozentpunkte über dem Niveau vor der Corona-Pandemie“. Zur Wahl am 23. Februar sagt die Marburger Politologin Isabelle Borucki: „Angesichts des kurzen Wahlkampfes und der winterlichen Bedingungen ist davon auszugehen, dass noch mehr Wähler die Briefwahl nutzen werden, um witterungsbedingte Unannehmlichkeiten am Wahltag zu vermeiden.“ Auch Fischer meint zur Briefwahl: „Das dient einer möglichst hohen Wahlbeteiligung und dem dahinterstehenden Verfassungsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl.“

### Welche Auswirkungen hat die Wahlrechtsreform?



Der neue Bundestag wird deutlich schlanker sein: Die Zahl der Mandate wurde auf 630 begrenzt – mehr als 100 weniger als aktuell. Dafür fallen die Überhang- und Ausgleichsmandate weg, die bisher zu einem stark vergrößerten Parlament führten. Nun ziehen per Erststimme direkt gewählte Kandidaten nur noch dann in den Bundestag ein, wenn ihre Partei auch genügend Zweitstimmen hat. Dazu beispielhaft eine einfache Rechnung: Holt eine Partei in einem Bundesland 50 Direktmandate, nach dem Zweitstimmenergebnis stehen ihr aber nur 48 Mandate zu, dann gehen die beiden Direktkandidaten mit den schlechtesten Erststimmergebnissen leer aus. Ihre Wahlkreise sind dann nicht mit eigenen Abgeordneten im Parlament vertreten. Die Hessen-CDU geht davon aus, dass sie wieder mehr Wahlkreise direkt gewinnt, als ihr per Zweitstimmen an Mandaten zustehen.

### Wie viele Hessen ziehen in den Bundestag ein?



Aktuell ist der Bundestag mit 736 Abgeordneten das größte frei gewählte Parlament der Welt. Allein 51 Vertreter kommen aus Hessen: 15 Sozialdemokraten, 12 Christdemokraten, 9 Grüne, 7 Freidemokraten, 5 AfD-Politiker und 3 Linke. Der stellvertretende Landeswahlleiter Jonas Fischer rechnet wegen des Verzichts auf Überhang- und Ausgleichsmandate damit, dass „etwas weniger als 50 Abgeordnete aus Hessen in den Bundestag einziehen werden“. Außerdem könne es dazu kommen, dass einzelne Wahlkreiskandidaten, auch wenn sie in einem der 22 hessischen Bundestagswahlkreise die meisten Erststimmen erhalten, nicht in das Hohe Haus einziehen. Die Marburger Politikwissenschaftlerin Isabelle Borucki berichtet: „Hessische Abgeordnete haben bereits Kritik an der Reform geäußert, da sie Nachteile für bestimmte Parteien befürchten.“